

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wiederjählicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Streich-Drucker).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 35.

Berlin, Mittwoch, 6. Mai 1908.

Wierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Was muß der Landtagswähler in Preußen wissen? —
Die deutsche Aus- und Einwanderung im Jahre 1907. —
Ein Gesetz zur Verhütung von Streiks. — Allgemeine
Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. —
Anzeigen-Zeit.

Was muß der Landtagswähler in Preußen wissen?

Nachdem wir uns mit der Bedeutung der
preussischen Landtagswahlen eingehend beschäftigt
haben, seien noch einmal kurz die wichtigsten Be-
stimmungen des Wahlverfahrens nachstehend zu-
sammengestellt, in der festen Erwartung, daß alle
Verbandsangehörigen am Tage der Wahlen ihre staats-
bürgerlichen Pflichten zu erfüllen gewillt sind.

Die Wahl zum Abgeordnetenhaus ist eine
indirekte, d. h. die Urwähler wählen zunächst die
Wahlmänner und in einem besonderen Wahlgange
die Wahlmänner den Abgeordneten. Die Frage
entsteht also zunächst: Wer ist Urwähler? Ur-
wähler, d. h. wahlberechtigt ist jeder Preusse, welcher
das 24. Lebensjahr vollendet und den Vollbesitz
der bürgerlichen Rechte infolge rechtskräftigen richter-
lichen Erkenntnisses nicht verloren hat, 6 Monate
in der Gemeinde wohnt und nicht aus öffentlichen
Mitteln Armenunterstützung erhält. Voraussetzung
ist, daß der Name in der Wählerliste steht und
daß der Betreffende die preussische Staatsangehörig-
keit besitzt. Die Steuerzahlung hat mit der Wahl-
berechtigung nichts zu tun. Jeder ist Wähler,
auch ohne daß er irgend welche Staats- oder Ge-
meindesteuern bezahlt. Nur bei der Einteilung der
Wähler in die drei Abteilungen spielt die Höhe der
gezahlten Steuer eine Rolle.

Diese Einteilung der Urwähler in Abteilungen
oder Klassen geschieht in der Weise, daß der im
Urwahlbezirk aufgebrauchte Steuerbetrag in drei
gleiche Teile eingeteilt wird. Die erste Abteilung
besteht dann aus denjenigen Wählern, auf welche
die höchsten Steuerbeträge bis zu ein Drittel der
Gesamtsteuer fallen; die zweite Abteilung wird ge-
bildet aus denjenigen Urwählern, auf welche die
nächst niedrigen Steuerbeträge bis zur Grenze des
zweiten Drittels entfallen; die dritte Abteilung
setzt sich zusammen aus den am niedrigsten be-
steuerten Urwählern, auf welche das dritte Drittel
der Steuern entfällt. Zur dritten Klasse gehören
auch diejenigen Wähler, die keine Steuern bezahlen
und für die deshalb ein Betrag von 3 M. in
Ansatz gebracht wird.

Als Tag der diesmaligen Wahlmännerwahlen
ist vom Minister des Innern der 3. Juni fest-
gesetzt worden. Nach dem bisher gültigen Wahl-
reglement war nur die Terminwahl zulässig,
d. h. sämtliche Wähler einer Klasse des ganzen
Urwahlbezirks mußten zu einer festgesetzten Zeit im
Wahllokal anwesend sein. Der Wahlvorsteher ver-
las dann sämtliche in der Wählerliste enthaltenen
Namen. Beim Aufruf mußte der Wähler dann
an den Wahlstisch herantreten und nach Angabe
seiner eigenen Adresse den Namen seines Wahl-
mannes nennen. Wer beim Aufruf seines Namens
nicht da war, konnte nur noch wählen, wenn die
Wahlhandlung für seine Abteilung noch nicht ge-
schlossen war. Das hat zu mancherlei Mißständen
geführt. Deswegen ist durch das Gesetz vom
28. Juni 1906 außer der Terminwahl auch die
sogenannte Fristwahl vorgesehen. In Gemeinden,

deren Zivilbevölkerung nach der letzten Volks-
zählung mindestens 50000 beträgt, findet die
Wahl der Wahlmänner in einer nach Anfangs-
und Endtermin festzusetzenden Abstimmungsfrist
statt. Auf Antrag der Gemeindeverwaltung kann
aber der Minister des Innern anordnen, daß auch
in Gemeinden mit weniger als 50000 Einwohnern
die Fristwahl eingeführt wird. Allerdings kann
auf Antrag der Gemeindeverwaltung auch an-
geordnet werden, daß in Gemeinden mit mehr als
50000 Einwohnern die Terminwahl bestehen
bleibt. Das Verfahren bei der Fristwahl ist also
so, daß jeder Wähler, der zur festgesetzten Wahlzeit
das Wahllokal betritt, ohne Namensaufruf an den
Wahlstisch herantreten und nach Angabe seines
Namens und seiner Wohnung den Namen seines
Wahlmannes nennen darf. Nach Ablauf der fest-
gesetzten Abstimmungsfrist dürfen natürlich keine
Stimmen mehr entgegengenommen werden. Gleich-
viel, ob an einem Ort die Termin- oder die
Fristwahl eingeführt ist, auf alle Fälle ist es
zweckmäßig, gleich bei der Eröffnung der Wahl-
handlung zugegen zu sein.

Jede Abteilung oder Klasse wählt ihre Wahl-
männer besonders. Bei der Terminwahl wählt
die 3. Klasse immer zuerst, die erste zuletzt, bei
der Fristwahl besteht jedoch kein Zwang. Die
Wahlmänner werden in jeder Abteilung aus der
Zahl der stimmberechtigten Urwähler des Wahl-
bezirks, ohne Rücksicht auf die Abteilung, der er
angehört, gewählt. Jeder Urwähler kann also in
jeder Klasse seines Urwahlbezirks als Wahlmann
gewählt werden. Ob er ihr angehört, ist gleich-
gültig. Vorbedingung ist lediglich die Anwesenheit
in dem betreffenden Urwahlbezirk. Die Wahl er-
folgt nach absoluter Mehrheit der Stimmenenden.
Ergibt sich eine absolute Mehrheit nicht, so muß
eine Stichwahl stattfinden. Die Stichwahl muß
bei der Terminwahl sofort im Anschluß an den
ersten Wahlgang vorgenommen werden. Die Wähler
müssen also bis nach Beendigung des Wahllaktes
anwesend bleiben. Bei der Fristwahl ist dies nicht
der Fall, hier müssen die Wähler zu einer zweiten
Wahl zusammentreten.

Sind mehrere Wahlmänner zu wählen, so hat
der Wähler sämtliche Namen an Wahlstisch zu
nennen. Ungültig sind die Wahlstimmen, welche
auf andere als die wählbaren Personen entfallen.
Es ist sehr wichtig, daß die Wähler sich genau über
die Namen der Wahlmänner unterrichten. Bes-
sonders zu beachten ist, daß der Name des Abge-
ordnetenkandidaten nicht mit dem Namen des
Wahlmannes verwechselt werden darf. Alle für den
Abgeordneten bei der Urwahl abgegebenen Stimmen
sind ungültig. Empfehlenswert ist es auch, daß
die Wähler sich mit einer Legitimation versehen.
Wer Steuern zahlt, nimmt am zweckmäßigsten den
Steuerzettel mit.

Die gewählten Wahlmänner müssen sich, wenn
sie im Wahltermin anwesend sind, sofort, sonst
binnen 3 Tagen nach Anzeige ihrer Wahl erklären,
ob sie diese annehmen. Annahmen unter Protest
oder Vorbehalt sowie das Ausbleiben der Er-
klärung über die dreitägige Frist hinaus gilt als
Ablehnung. In solchen Fällen muß der Wahl-
vorsteher die betreffende Abteilung unverzüglich
und wenn möglich, so zeitig zu einer neuen Wahl
zusammenrufen, daß der zu wählende Wahlmann
noch an der Wahl des Abgeordneten teilnehmen
kann.

Das sind so die wesentlichsten Bestimmungen
über die jeder Wähler unterrichtet sein muß. Die
Wahlmänner treten dann am 16. Juni zur Wahl
der Abgeordneten zusammen. Hier wählt jeder
Wahlmann soviel Abgeordnete, wie in dem be-
treffenden Wahlkreise zu wählen sind.

So ist denn Alles geschehen, was geschehen
mußte, um die Verbandsangelegenheiten über die Be-
deutung der preussischen Landtagswahlen und die
bei ihnen zu beobachtenden Vorschriften aufzuklären.
Wir haben das Unfrige getan. Mögen auch unsere
Verbandsangehörigen am 3. Juni, und soweit sie
Wahlmänner sind, am 16. Juni ihre Schuldigkeit
tun! Wer seine staatsbürgerlichen Pflichten nicht
erfüllt, der darf sich auch über mangelnde Rechte
nicht beklagen.

Die deutsche Aus- und Einwanderung im Jahre 1907.

Die Zahl der Deutschen, welche im Jahre 1907
ihr Vaterland verlassen und nach überseeischen Ländern
auswanderten, ist, wie das „Reichs-Arbeitsblatt“ mit-
teilt, gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich ge-
wachsen. Während im Jahre 1906 31074 Aus-
wanderer gezählt wurden, belief sich ihre Zahl im
Jahre 1907 auf 31696, also im ganzen auf 622 Per-
sonen mehr. Ueber deutsche Häfen nahmen ihren
Weg 26380, über fremde 5316. Im Verhältnis zur
Einwohnerzahl kamen die meisten Auswanderer aus
Bremen, Posen und Hamburg; ohne Berücksichtigung
des Verhältnisses zur Gesamtbevölkerung lieferten die
größte Zahl deutscher Auswanderer Posen, Bayern
rechts vom Rhein, Brandenburg mit Berlin und
Hannover. Bemerkenswert ist dabei, daß Posen
ebenso wie in den Vorjahren an erster Stelle steht.
Immerhin ist es erfreulich, daß es diesmal einen
Rückgang der Auswanderungsziffer gegenüber dem
Jahre 1906 um rund 300 aufweist.

Das Reiseziel waren für weitaus die meisten
Auswanderer, nämlich für 30431, die Vereinigten
Staaten von Nordamerika. Was den Beruf
der Auswanderer betrifft, so gehörten 10920 der
Land- und Forstwirtschaft an, 8932 der Industrie
und dem Bauwesen, 3145 dem Handelsgewerbe, 2725
waren häusliche Diensthöfen und 1303 waren im
Bergbau, Schlitten- und Salinenwesen beschäftigt. Aus
den übrigen Gewerben betrug die Zahl der Aus-
wanderer unter 1000.

Dem Geschlecht nach überwogen bei weitem die
Männer. Von 29949 Personen, für welche darüber
Nachweisungen vorliegen, waren 17288 männlichen,
12661 weiblichen Geschlechts. Bei beiden Geschlechtern
waren die Altersklassen zwischen dem 30. und 50. Jahre
am stärksten vertreten.

Die Weiszahl der Personen, nämlich 17321,
reiste allein; 12605 Personen reisten in Familien,
deren 3501 gezählt wurden. Auf eine Familie kamen
d. m. m. 3,6 Köpfe. Von den Alleinreisenden waren
3524 Personen, davon 2842 männliche, verheiratet.
Es darf wohl angenommen werden, daß es sich hier-
bei im wesentlichen um voranreisende Familienväter
handelt, denen ihre Angehörigen später folgten.

Um die Angaben über die Auswanderung richtig
würdigen zu können, sei eine kurze Betrachtung der
überseeischen Einwanderung hinzugefügt. Nach
Auskünften des Norddeutschen Lloyd zu Bremen und
der Hamburg-America-Linie zu Hamburg, die jedoch
keineswegs die gesamte Uebersee-Einwanderung nach
Deutschland erfassen, stellte sich die Zahl der von
diesen Gesellschaften im Jahre 1907 nach Deutschland
beförderten Personen auf 217812, was gegen das
Jahr 1906 eine Steigerung um nicht weniger als
73 pCt. bedeutet. Dieser gewaltige Zuwachs beruht
in der Hauptsache auf der starken Einwanderung
bzw. Rückwanderung aus Nordamerika, die im letzten

Jahre 151084 gegen 103214 im Vorjahre nach Deutschland brachte. Die Ursache hierfür ist zweifellos in der furchtbaren Geschäftskrise zu suchen, die gerade im Jahre 1907 über die Vereinigten Staaten von Nordamerika hereinbrach.

Zum Schluß noch einige allgemeine Betrachtungen! Die verhältnismäßig überaus geringfügige Steigerung der Auswanderungsziffer ist eine durchaus erfreuliche Erscheinung. Macht sich auch gegenwärtig infolge der wirtschaftlichen Krisis kein Mangel an Arbeitskräften bei uns geltend, so kann doch behauptet werden, daß zuzeiten normalen Geschäftsganges Industrie und Landwirtschaft nicht in der Lage sind, ihren Bedarf an Arbeitskräften zu decken.

Jede verstärkte Auswanderung wäre also nur geeignet, den Mangel an Arbeitskräften zu erhöhen. Die Befürchtungen, die man an die verkehrte Wirtschaftspolitik unserer Regierung während des letzten Jahrzehnts geknüpft hat, haben sich hier erfreulicherweise nicht erfüllt. Die erwartete Steigerung der Auswanderungsziffer ist nur in geringem Maße eingetreten. Wir freuen uns dessen. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Wirtschaftspolitik mit der Auswanderung überhaupt nichts zu tun hat. Ist die Auswanderungsziffer im Jahre 1907 nur wenig gestiegen, so haben eben noch andere Momente dabei mitgespielt. Daß aber in Wirklichkeit die wirtschaftlichen Verhältnisse die Auswanderung stark beeinflussen, das zeigt ein Rückblick auf die letzten 20 Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Im Jahre 1881 wurde die höchste Zahl der überseeischen Auswanderung erreicht. In jenem Jahre verließen nicht weniger als 220 902 Deutsche ihr Vaterland, was umso schwerer ins Gewicht fiel, als damals das Deutsche Reich nur 45 1/2 Millionen Einwohner zählte. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese gewaltige Zahl betrachtet als die Antwort, die das deutsche Volk auf die im Jahre 1879 einsetzende Schutzpolitik gab. Denn noch in dem Jahre 1879 hatte die deutsche Auswanderungsziffer erst rund 35 000 betragen, um im nächsten Jahre auf 117 000 und im Jahre 1881 dann auf nahezu 221 000 emporzuschnellen. Während aber weiter im ganzen folgenden Jahrzehnt die Ziffer um 100 000 herumschwankte, sank sie erst unter der Caprivischen Ära ganz wesentlich herab. Denn obgleich im Jahre 1892 die Auswanderungsziffer noch 116 000 betrug, belief sie sich 1894 nur noch auf 40 000, eine Zahl, über die sie niemals wieder hinausgegangen ist. Am tiefsten stand sie mit 22 073 im Jahre 1901.

Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. Mit der Caprivischen Handelspolitik machte sich ein gewaltiger Aufschwung in unserem industriellen Leben geltend. Die Nachfrage nach Arbeitskräften stieg, sie wurden gut bezahlt und die Lust zur Auswanderung schwand demgemäß. Man geht also nicht fehl, wenn man hohe Auswanderungsziffern mit schlechtem Geschäftsgang in Zusammenhang bringt. Will unsere Regierung im Interesse einer gesunden Volkswirtschaft, die Auswanderungsziffer niedrig erhalten, so möge sie danach ihre Wirtschaftspolitik einrichten.

Ein Gesetz zur Verhütung von Streiks

besteht seit Anfang März 1907 in Kanada. In gewissen Industrien von gemeinsinniger Bedeutung sollen dadurch Ausstände der Arbeiter möglichst vermieden werden. Ueber die Wirkung des Gesetzes macht die „Soziale Praxis“ nach einem in den „Preuß. Jahrb.“ veröffentlichten Aufsatz des Amtsräters Meißel-Poston einige interessante Mitteilungen. Das Gesetz hat Geltung für den Bergbau, das Bergbau-, Nachrichten- und Transportwesen, sowie in der Gas-, Wasser- und Kraftverorgung und zwar nur für Betriebe, in denen mehr als 10 Personen beschäftigt sind. Entstehen Arbeitsdifferenzen, so hat jede Partei das Recht, vom Minister die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung des Streitfalles zu fordern. Der Ausschuss wird aus drei Personen, die von Fall zu Fall nach den Vorschlägen der Parteien wechseln, gebildet. Die klagende Partei muß dann genau die Sachlage schildern und die Versicherung abgeben, daß nach ihrer Überzeugung ein Kampf unvermeidlich ist, wenn die Verhandlungen vor dem Ausschuss erfolglos verlaufen. Der Ausschuss besitzt die Befugnisse eines höheren Gerichts, kann insoweit die Parteien und Zeugen eidlich vernehmen, Geschäftsbücher einsehen und Ermittlungen an Ort und Stelle vornehmen. Die Verhandlungen sind grundsätzlich öffentlich, nur wo Betriebsgeheimnisse verraten werden könnten, geheim. Bisher führten den Vorsitz im Ausschuss meist Richter, aber auch Universitätsprofessoren, ein Erzbischof und der Vorsitzende eines Parlaments. Richter sind Gewerbeangehörige, Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Parteien können sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen, doch sind Rechtsanwälte im allgemeinen ausgeschlossen. Das Ausbleiben oder der Ungehorsam der geladenen Personen wird mit Strafen bis zu 100 Dollars (420 Mk.) geahndet. Für Zeitverlust wird eine Vergütung gewährt.

Um nicht erst zu öffentlichen Verhandlungen gezwungen zu werden, verständigen sich häufig die Parteien bereits auf die bloße Anrufung von einer

Seite hin, so daß also das Bestehen des Ausschusses selbst streitvermeidend wirkt. Wird nach dem Zusammentritt des Ausschusses keine Einigung erzielt, so sind dem Minister in einem Gutachten Vorschläge zur Beilegung des Streites zu machen, die bekannt gegeben werden, um dadurch die Parteien dem Druck der öffentlichen Meinung auszuliefern. Die Androhung oder Eröffnung des Kampfes vor Ablauf des Einigungsverfahrens wird bestraft. Erst nach Beendigung des Verfahrens, das etwa 4—8 Wochen dauert, wird der Kampf freigegeben.

Unbesetzte Arbeitskämpfe werden auf der Arbeitseite mit 10—50 Dollar, auf der Arbeitgeberseite mit 100—1000 Dollar für jeden Tag bestraft. Die Einflügung der Strafen ist den Parteien überlassen. In den ersten 8 Monaten des Bestehens des Gesetzes sind nur drei solcher Streikflagen ausgesprochen worden, von denen die eine mit einem Vergleiche, die anderen mit Strafen von 500 Dollar gegen eine Gewerkschaft und von 200 Dollar gegen eine Zechenfirma endigten.

Das Gesetz hat sich im allgemeinen sehr gut bewährt. Minderlei Kämpfe sind dadurch vermieden worden. Im ganzen wurden in den ersten 8 Monaten 24 Gesuche um Einsetzung eines Ausschusses an den Minister gerichtet. Ueber die letzten 7 liegt noch kein Bericht vor, in den übrigen 17 Fällen stellten 6 die Arbeitnehmer, 11 mal die Arbeitgeber den Antrag. Wenn es auch in den wenigsten Fällen zu einer völligen Verhütung der Arbeitskämpfe gekommen ist, so sind doch viele vor dem Stadium der Erörterung bewahrt, mehrfach hinausgeschoben und schließlich durch eine vernünftige Vereinbarung, bei der es weder Sieger noch Besiegte gab, beigelegt worden. Trotz der Beschränkung der persönlichen Freiheit durch die Streikverbote sind absichtliche Verletzungen des Gesetzes kaum festzustellen.

Wenn nur ein Arbeiterführer in den Vereinigten Staaten gegenüber dem Wunsche, das kanadische Gesetz dorthin zu verpflanzen, sich dagegen sträubte und erklärte, das Verfahren bedeute eine neue Art von Sklaverei für die Arbeiter, so ist das eine Ueberzeugung. In dem Schiedsverfahren müssen von beiden Seiten Zugeständnisse gemacht werden. Das ist aber weniger niederdrückend, als wenn kleine Erfolge um so größeren Niederlagen gegenüberstehen. Nur ein sanftischer Klassenkampf kann in dem Verfahren, wie es in Kanada üblich ist, eine Beeinträchtigung der Freiheit der Arbeiter erblicken.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, d. 5. Mai 1908.

Mit der Regelung des Pensionskassenwesens hat sich in seinen Sitzungen am Freitag und Sonnabend der Reichstag beschäftigt gelegentlich der Beratung eines Gesetzesentwurfs über den Versicherungsantrag. Dazu hatten die Sozialdemokraten einen Zujahrantrag eingebracht, der sich wenigstens in den wesentlichsten Punkten mit den in unserer Petition aufgestellten Forderungen deckte. In dieser Form aber war er völlig unzulänglich. Da er auch nach Ansicht aller übrigen Parteien in das vorliegende Gesetz nicht hineingehörte, wurde er gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Dafür wurde folgende Resolution angenommen:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, halbmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Pensions-, Witwen- und Familienkassen, welche von industriellen Arbeitgebern für die Arbeiter ihrer Betriebe eingerichtet sind, insbesondere die Ansprüche der aus dem Betriebe ausscheidenden Arbeiter an die Leistungen der Kasse resp. auf Rückzahlung eines entsprechenden Teiles der Beiträge geregelt werden.“

Hoffentlich gilt mit der Annahme dieser Resolution die Angelegenheit nun nicht als erledigt. Die Pensionskassenfrage bedarf sehr, sehr dringend einer baldigen und gründlichen Regelung. Deshalb muß der Reichstag auch energisch darauf dringen, daß die Regierung ihm schleunigst eine entsprechende Vorlage auslegen läßt.

Zum Fall Jakobs. Zu unseren Mitteilungen über die Amtsentsetzung des Kollegen Jakobs in Eisen sendet uns dieser eine längere Berichtigung, in der er verschiedene unserer Behauptungen als „unwahr“ bezeichnet. Mit derselben Bestimmtheit aber werden diese Behauptungen von der Hauptleitung des beteiligten Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter aufrecht erhalten. Außerdem aber sei bemerkt, daß Kollege Jakobs die Dinge, auf die es im wesentlichen ankommt, gar nicht bestritten. Er hat trotz wiederholter Urlaubsverweigerung des Generalsekretärs in Frankfurt a. Main besucht, und damit eine Disziplinosigkeit an den Tag gelegt, der sich ein Beamter, der den Mitgliedern mit gutem Beispiel vorzugehen soll, nicht schuldig machen darf.

Im übrigen war es uns darauf angekommen, gegenüber den falschen Nachrichten in der Presse nachzuweisen, daß die ganze Angelegenheit mit dem Parteitag der Freisinnigen Vereinigung nicht das geringste

zu tun hatte. Trotz dieses Nachweises, den bereits am Sonnabend abend zahlreiche Tageszeitungen nach dem am Sonnabend morgen erschienenen „Gewerkeverein“ veröffentlichten, wärmt das „Reich“ in seiner Sonntagsnummer den alten Kohl mit dem „politischen Beigeschmack“ usw. noch einmal auf. Wir sind gespannt, ob es seinen Lesern nun endlich auch den wahren Sachverhalt übermitteln wird.

Uns in weitere Auseinandersetzungen über die Sache einzulassen, halten wir für zwecklos und lehnen es ab. Das Schlußwort hat der zu Pfingsten in Berlin stattfindende Delegiertentag des Gewerkevereins der Maschinenbauer zu sprechen.

Die diesjährige Maifeier hat einen die sozialdemokratische Parteileitung sicherlich sehr wenig befriedigenden Verlauf genommen. Sowohl die Gewerkschaftsverfammlungen, als auch die Parteiveranstaltungen wiesen einen ungleich geringeren Besuch auf als im Vorjahre, wo die Witterung wesentlich ungünstiger war als diesmal. Auch die Zahl der durch Arbeitsruhe Feiern den war wesentlich kleiner. Wenn auch die unglückliche Wirtschaftslage mit daran Schuld ist, so darf aber auch wieder angenommen werden, daß allmählich in den Kreisen der Arbeiter die Erkenntnis die Oberhand gewinnt, daß man mit derartigen Klümmen praktische Erfolge nicht zu erzielen vermag. Die Arbeiter merken schließlich doch, daß es sich nur um eine Demonstration handelt zu dem Zwecke, alljährlich einmal die Massen auf die Beine zu bringen und eine Zirkulation in Bewegung zu halten.

Diese Entwicklung ist an und für sich recht erfreulich. Zu bedauern ist nur, daß überhaupt noch Arbeiter auf den Leim gehen und wirtschaftliche Schädigungen für ein Phantom über sich ergehen lassen. Allein in der Berliner Holzindustrie sind nach dem „Vorwärts“ nahezu 4000 Arbeiter ausgesperrt worden und auch in der Metallindustrie liegen Hunderte von Leuten wenigstens für einige Tage beschäftigungslos auf der Straße. Wie groß die Zahl der ausgesperrten in anderen Industrien und an anderen Orten ist, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Geringer als in früheren Jahren wird sie naturgemäß sein, da ja auch die Zahl der Maifeiern erheblich zurückgegangen ist. Das muß indirekt selbst der „Vorwärts“ zugeben, der sich sonst nicht scheut, seinen Lesern gehörig etwas vorzuklunkern. In seinem Bericht über die Maifeier in Groß-Berlin schreibt er:

„Es hieße unsere Augen absichtlich den Tatsachen verschließen, wenn wir nicht zugeben wollten, daß Maifeier dieses Jahres in Berlin nicht die Fortschritte gemacht hat, die wir ihr wünschen.“ Wenn der „Vorwärts“ so schreibt, dann kann man sich fast darauf verlassen, daß trotz seiner gegenwärtigen Behauptung ein merklicher Rückgang zu verzeichnen gewesen ist. Und das ist gut so!

Die Einführung der Wertwachsteuer hat die Stadtverordnetenversammlung in Magdeburg beschloffen. Bis zu 10 pCt. soll der Wertwachsteuerfrei bleiben. Darüber hinaus soll die Wertsteuerung von 10—15 pCt. mit 10 pCt. besteuert werden. Mit jeder weiteren 5 prozentigen Wertsteuerung steigt auch die Steuer um 1/2 pCt. bis zu 25 pCt. bei einer Wertsteuerung von über 160 pCt. Als Grundlage für die Berechnung wird als Erwerbswert des Grundstückes die Summe angenommen, die das Grundstück am 1. April 1904 wert war.

Der Mehrzahl der Hausbesitzer waren diese Beschlässe sehr unangenehm. Um sie ihnen schmackhafter zu machen, sollte festgelegt werden, daß der 250 pCt. Markt übersteigende Steuerertrag zur Begleichung der Notlage von Hausbesitzern in weniger begünstigten Stadtteilen durch Errichtung öffentlicher Gebäude daselbst und dergleichen, verwandt werden sollte. Der diesbezügliche Antrag wurde jedoch abgelehnt. Der leicht mit Rücksicht auf die finanziell unglückliche Lage der Stadt Magdeburg, die dringend neuer erheblicher Steuereinnahmen bedarf. Betragen doch im laufenden Jahre die Zuschläge zur Einkommensteuer nicht weniger als 167 pCt. Es wäre wirklich dringend zu wünschen, daß auch andere Kommunen, z. B. Berlin endlich diesen Weg einschlagen und sich eine Steuerquelle erschließen, die ihnen über manche Klippe hinweghilft.

Arbeiterbewegung. Im Berliner Baugewerbe darf der Friede als gesichert gelten. Nachdem der Verband der Baugeschäfte dem Schiedspruch der Unparteiischen seine Zustimmung gegeben hat, und auch die örtlichen Verwaltungen der Maurer- und der Hilfsarbeiter sich ihm unterworfen haben, hat am gestrigen Sonntag auch eine Versammlung der Vertrauensmänner der Zimmerer dem neuen Tarifvertrag für das Berliner Baugewerbe zugestimmt. Im Laufe der Beschlüsse haben auch die Zentralvorstände ihre Zustimmung gegeben, so daß für ganz Deutschland der Kampf vermieden ist. — Die Maler- und Tünchermmeister zu Landau i. d. Pfalz haben die in dem Zentralverbande der Maler organisierten Gehilfen aus-

geperrt, während sie die christlich-organisierten Arbeiter, die ebenfalls Lohnforderungen gestellt haben, weiter beschäftigen. — In Hamburg ist ein großer Teil der Rutscher wegen Lohnbifferenzen in den Ausstand getreten. — Auf den Westdeutschen Steingew., Chamotte- und Dinarwerken zu Cuxhaven haben die Arbeiter wegen Herabsetzung der Akkordlöhne die Arbeit eingestellt. — In der Weinwarenfabrik von R. Wagner in Oberbieber wird seit längerer Zeit gestreikt. Die Firma lehnt jedes Entgegenkommen ab und verlangt bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit. Streikbrecher haben sich bisher nicht gefunden, und auch die Sympathien der Bevölkerung sind auf Seiten der Arbeiter, die sämtlich dem Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter angehören.

Der Generalstreik der Landarbeiter in der italienischen Provinz Parma hat sehr erbitterte Formen angenommen. Es handelt sich dabei nicht nur um einfache Arbeiter, sondern auch um organisierte Pächter, im ganzen um etwa 20 000 Personen. Die Verträge der Pächter, selbst die Felder zu bearbeiten, das Vieh zu retten und in benachbarte Provinzen zu bringen, werden von den Streikenden zu verhindern versucht, und es ist dadurch schon vielfach zu Zusammenstößen gekommen, was die italienische Regierung veranlaßt hat, starke Truppenteile in das Gebiet von Parma zu entsenden. — Ueberaus kritisch ist auch die Lage in der englischen Schiffsbauindustrie. Die Mittel, eine Einigung zwischen den Werkstätten und den Arbeitern zustande zu bringen, haben sämtlich versagt. Die Aussicht, die Schließung der Werften zu vermeiden zu können, ist so gut wie völlig geschwunden. Es sind denn auch bereits an 15 000 Holzarbeiter der verschiedenen Schiffsbauwerken ausgesperrt worden. Die Unternehmer machen also Ernst. Gehen die Arbeiter nicht noch in allerletzter Stunde auf die von jener Seite gemachten Vorschläge ein, so wird die Situation für sie recht schwierig, denn bei Durchführung der Aussperrung würden an 100 000 Arbeiter davon betroffen werden. Aber auch weitere Kreise würden durch den Streik in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Lage der Arbeiter ist nicht günstig. Der Generalsekretär der Amalgamated Union of Labour hat bekannt gegeben, daß fernerehine Streikgelder mehr gesammelt werden können, nachdem bereits vor einer Woche dieselben verflüchtigt worden sind. Nur wenn alle Trade Unions die beteiligten Organisationen tatkräftig und reichlich mit Geldmitteln unterstützen, wird es möglich sein, eine Niederlage zu vermeiden. — An der Tauernbahn streiken die Tunnelarbeiter. Es werden Unruhen befürchtet, wozu die Regierung veranlaßt wurde, Militär in das Streikgebiet zu entsenden.

Ein Sieg der Verunft? Eine überraschende Mitteilung brachte uns die Mainmurer des "Vorwärts". Darin stand nämlich eine Notiz, daß die Stadtverordnetenversammlung zu Leipzig sich in ihrer letzten Sitzung mit der Einführung des Verhältniswahlrechts für das Gewerbeamt beschäftigt habe. Diese Notiz schließt mit folgenden Worten:

"Unsere Genossen stimmten selbstverständlich für die Einführung des Proporzgesetzes auch bei dem Gewerbeamt für Leipzig, da dieses ja eine unserer Programmforderungen ist."

Man sollte es allerdings als etwas Selbstverständliches ansehen, daß die Anhänger einer Partei für diejenigen Forderungen eintreten, die sie in ihrem Programm aufgestellt hat. Gerade bezüglich des Proportionalwahlrechts aber haben die Sozialdemokraten noch stets recht programmwidrig gehandelt. Wir erinnern da, um nur einige Fälle aus der letzten Zeit anzuführen, an Berlin und Brandenburg, wo die "Genossen" in der Stadtverordnetenversammlung ganz entschieden gegen die Einführung des Verhältniswahlrechts eingetreten sind. Ja selbst in Leipzig, wo man jetzt die Abstimmung zugunsten der Einführung des Proporzgesetzes für selbstverständlich hält, haben noch vor kurzem die sozialdemokratischen Mitglieder des Gewerbeamtsausschusses dagegen gestimmt. Offenbar hängt es auch in den Städten der "Genossen" an zu dämmern, und sie sehen ein, wie sehr sie sich der Öffentlichkeit gegenüber blamieren, wenn sie gegen ihre eigenen Forderungen stimmen.

"Sochmut kommt vor den Fall". So könnte man angesichts der Palastrevolution, welche in den christlichen Gewerkschaften anlässlich der Abstimmung des Abg. Behrens beim Reichsvereinsgesetz ausgebrochen ist, sagen, wenn man der angemessenen Worte gedenkt, die dieser Herr gelegentlich einer Berichterstattung über den christlichen Arbeiterkongress in Berlin im evangelischen Arbeiterverein in Neusalz a. O. gebrachte. "War doch die christliche Bewegung der soz. Dyanodampfer, die Gewerksvereine aber das Braut einer Sprezalle." Am Vereinsgesetz hat es sich gezeigt, daß der Kapitän das Schiff nicht steuern kann, sondern die Strömung ihm vorschreibt, wie er fahren soll. Und es wird einer großen Menge nationalen Dels bedürfen, um der Zentrumsweilen Herr zu werden. Demals konnte jenen hochschreienden Worten wegen des Schiffs der Verammlung nicht mehr

widersprochen werden. Jetzt jedoch drängt es mich, darauf hinzuweisen, wie sich meine in jener Verammlung gesprochenen Worte voll bestätigt haben, daß in diesen Gewerkschaften Zentrum Trumf ist und die evangelischen Mitglieder nur geduldet sind. Allerdings dürfte das damals gleich nach dem nationalen Kummel nicht zugegeben werden, obgleich mehrfach nachgewiesen ist, daß die evangelischen Mitglieder bei Besetzung der Posten stets zurückgesetzt werden. Dieses ganze Gebaren zeigt, welche "freie" Meinung in dieser Organisation herrscht. Unter diesen Umständen fühlen wir uns auf der Sprezalle doch sicherer geborgen als auf jenem "holzen Dyanodampfer". G. L. Neufalg.

Die "gelben" Gewerkschaften erfahren in einer aus Arbeiterkreisen an die "Rieser Zeitung" gerichteten Zuschrift folgende durchaus treffende Würdigung:

"Die 'gelben' Gewerkschaften kann man als die Organisation der Nichtorganisierten bezeichnen, denn sie sehen sich zusammen aus Elementen, für welche aus irgend welchen Gründen kein Platz in der Gewerkschaft vorhanden ist, oder denen das Verständnis für die Ziele derselben abgeht oder aus solchen, die früher selbst Gewerkschaftsmitglieder, sich mit der Art des Vorgehens dieser nicht befreundeten können. Die letzte Kategorie ist gar nicht so gering. Vor allem sind ein großer Prozentsatz davon in den sozialdemokratischen, 'freien' Gewerkschaften als Mitglieder gewesen. Es laufen nebenbei auch noch andere Motive her, wie spezielle Bevorzugung und besserer Verdienst einzelner, vorgeschrittenes Alter und sonstige hier nicht anführbare Ursachen. All in aber ist das Eine gemeinsam, eine ausgesprochene Abneigung gegen die gewaltsame Durchführung von Lohnkämpfen und die damit verbundenen unvermeidlichen materiellen Opfer. . . ."

Die "Gelben" bilden für die Arbeitervereine ohne Zweifel eine Gefahr, die umso größer ist, als sich diese den bei dem gegenwärtigen gespannten Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter, nicht verständlichen Vorurteil der gegenseitigen Bekämpfung aus Konkurrenzneid gestalten. Für die Arbeitgeber bedeutet das Bestehen der gelben Gewerkschaften eine sehr wesentliche Störung ihrer Position, denn es wird ihnen durch diese die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe bei etwaigen Ausfällen sehr erleichtert, für die Abmahnung eines friedlichen Verhältnisses muß man die gelben Gewerkschaften aber als durchaus ungeeignet halten. Ihr Erscheinen trägt im Gegenteil nur zur Verschärfung der Gegensätze und zur Verzögerung einer friedlichen Verständigung bei, weil der Mibstand der Arbeitgeber durch sie auch gegen durchaus berechtigte Forderungen der Arbeiter nur gestärkt wird. Aber auch vom rein ethischen Standpunkt sind die gelben Gewerkschaften verwerflich, denn es ist eine unbestrittene Tatsache, daß ein Teil ihrer Mitglieder in Bezug auf ihre Zugehörigkeit zu diesen von durchaus niedrigen Motiven sich leiten läßt und ein anderer wegen moralischer Minderwertigkeit aus den Arbeiterverbänden ausgeschieden genötigt wurde. Der Fortschritt der deutschen Arbeiterbewegung, deren Hauptziel doch im großen und ganzen auf die soziale und geistige Erhebung des Arbeiterstandes gerichtet ist, wird dadurch sehr erschwert, wenn nicht ganz aufgehoben."

Diese Ausführungen sollten sich alle diejenigen zu Herzen nehmen, die da glauben, in den "gelben" Organisationen die geeigneten Instrumente zur Förderung des sozialen Friedens erdlichen zu können. Gerade das Gegenteil trifft zu!

Die Verteuerung der Lebenshaltung in den letzten 20 Jahren wird klar erwiesen durch eine im "Korrespondent" der Buchdrucker veröffentlichte Zusammenstellung der Durchschnittspreise der wichtigsten Konsumartikel im Großhandel. Die in den Tabellen enthaltenen Preise beziehen sich auf Berlin als Haupthandelsplatz. Danach kosteten:

	1888	1907	+ oder - gegen 1888
	Mk.	Mk.	in Proz.
Roggen 1000 kg	134,5	193,2	+ 43,6
Weizen "	172,2	206,8	+ 19,8
Safer "	128,0	181,4	+ 47,5
Braugerste "	121,1	166,7	+ 37,7
Anderer Gerste "	27,9	143,8	+ 28,7
Kartoffeln "	27,9	29,9	+ 7,2
Roggenmehl 1 D.-Ztr.	18,8	25,4	+ 36,1
Weizenmehl "	27,0	28,2	+ 4,4
Rindvieh, Schlachtgewicht "	97,8	146,6	+ 49,8
Schweine, Lebendgewicht m. T. "	85,8	110,8	+ 28,7
Kälber, Schlachtgewicht "	92,8	168,4	+ 76,1
Lamm, Schlachtgewicht "	95,3	143,6	+ 56,7
Butter I "	220,8	284,6	+ 6,5
Rohzucker "	45,2	18,1	- 62,2
Kaffee (unverpöllt) "	145,0	76,7	- 47,1
Tea (unverpöllt) "	128,0	185,0	+ 54,7
Schmalz (amerik., unverpöllt) "	84,8	94,2	+ 11,7
Reis (unverpöllt) "	20,4	23,5	+ 15,2

Also Zucker und Kaffee sind die einzigen Produkte, die billiger geworden sind; alle übrigen sind ganz erheblich im Preise gestiegen. Dabei muß noch

in Erwägung gezogen werden, daß im Kleinhandel die Preissteigerung noch größer ist. Denn wenn a. B. das Getreide teurer wird, dann verkauft der Bäcker das Brot nicht dem erhöhten Getreidepreise entsprechend höher, sondern er macht noch einen weiteren Aufschlag. Wenn man ferner bedenkt, daß gemäß dem Grundsatz: Ein Keil treibt den anderen! auch die Mieten, Steuern und industriellen Erzeugnisse eine ganz erhebliche Preissteigerung erfahren haben, dann wird man es selbstverständlich finden, daß auch die Arbeiter für ihre Arbeitskraft bessere Bezahlung, also höhere Löhne fordern.

Gewerksvereins-Zeit

§ Jena. In der am 30. April abgehaltenen Versammlung des Ortsverbandes der Gewerksvereine wurde, nachdem verschiedene Eingänge verlesen waren, in erster Linie eine Aenderung der Bestimmungen über den Verkauf der Sozialmarken (Ortsverbandsmarken) dahin beschlossen, daß vom 1. Januar 1908 ab jedes Mitglied pro Jahr 4 Marken à 10 Pf. zu kaufen hat. Die Ortsvereinskassierer werden verpflichtet, am Schlusse eines jeden Vierteljahres mit dem Ortsverbandskassierer Votum abzugeben. Ein Antrag der Fabrik- und Handarbeiter, eine Extrazustimmung bei Arbeitslosigkeit und in besonderen Notfällen aus der Ortsverbandskassierkasse zu gewähren, wurde nach kurzer Debatte von den Antragstellern zurückgezogen. Dem Verein zur Bekämpfung der Lungenüberlastung wird für das Jahr 1908 ein Beitrag von 20 Mk. bewilligt. Am dem am 9. und 10. Mai in Jena tagenden Kongress der Friedensgesellschaft werden als Vertreter der Gewerksvereine die Kollegen Reichmann, Ehmer und Hädrich teilnehmen. Als Vertreter im Volksbaderverein wird Kollege Rind bestimmt. Im weiteren Verlauf wurde vom Vorstand auf die am 16. Mai im Herzog Bernhards stiftende Ortsverbandsversammlung, in welcher Verbandsrat und Vertreter im Reichsversicherungsamt Kollege Erlens-Berlin über Arbeiterversicherungsangelegenheiten sprechen wird, aufmerksam gemacht und zu zahlreicher Beteiligung eingeladen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden wurde dann die Versammlung gegen 12 Uhr geschlossen.

§ Lauban. Am Sonntag, 12. April, fand hier eine vom Agitationsleiter Kollegen Kriegel-Kaufschwalbe einberufene Bezirkskonferenz des Gewerksvereins der Fabrik- und Handarbeiter statt, zu der die Ortsvereine Birkelisdorf, Birkel I und II, Grembsdorf, Griebenberg, Lauban, Löwenberg, Beschwitz, Moys, Marthusa, Reichenbach, Sagan 27 Delegierte entsandt hatten. Als Vertreter des Generalarztes war der Generalsekretär Kollege Hahn erschienen, außerdem waren als Gäste anwesend die Agitationsleiter Riech-Sprottau, Reutwich-Grembsdorf, Schod-Viegnitz sowie eine Anzahl Vereins- und Verbandskollegen. Nach Worten herzlichster Begrüßung durch den Kollegen Kriegel an die Erschienenen und Erledigung geschäftlicher Formalitäten nahm Kollege Kriegel das Wort zu seinem Vortrage, dessen Thema lautete: "Unsere Stellung zur nächsten Generalversammlung". Referent wies eingangs darauf hin, wie ein Geschäftsmann am Schlusse seines Geschäftsjahres prüft die Vorteile zur besseren Entwicklung, sowie die Nachteile, welche sich haben erkennen lassen in seiner gesamten Tätigkeit, so sind auch wir heute verpflichtet, einen Rückblick zu werfen auf die Tätigkeit unserer Organisation seit der Generalversammlung von Kaiserlautern. Auch wir müssen prüfen, ob alle Erwartungen erfüllt sind, und wo wir mit besserer Hand eingreifen müssen. Redner stellte dann Betrachtungen an über die Tätigkeit der Mitglieder und die Einrichtungen unserer Organisation, deutete gewisse Mängel an, die einer Abstellung bedürfen und schloß daran eine Kritik an der Tätigkeit des Hauptverbandes. Mehrfache Zustimmungen während und großer Beifall am Schlusse seiner leicht verständlichen Ausführungen zeugten dafür, daß alle Anwesenden mit den Ausführungen des Kollegen Kriegel einverstanden waren. Ein sehr rege Diskussion, an der man sich allseitig beteiligte, entzog wegen vorgerückter Stunde dem Referenten die Zeit zu einem ausführlichen Schlußwort. Er konnte nur konstatieren, daß nicht ein Diskussionsredner gegen seine Ausführungen Widerspruch erhoben habe und schloß mit einigen kurzen Hinweisen, wie es notwendig ist, daß sich die Gewerksvereiner als Staatsbürger mehr am öffentlichen Leben bei politischen und Kommunalwahlen sowie anderen Angelegenheiten beteiligen müssen, um mehr und mehr Einfluß zu gewinnen. Gerade diese Ausführungen veranlaßten den Kollegen Hahn, ebenfalls den Appell an die Anwesenden zu richten, diese Ausführungen des Kollegen Kriegel jederzeit zu beherzigen. Anschließend wurde durch die kombinierten Vorkände aus Görtlich und Umgebung eine größere Zahl von Anträgen zum Gewerbeamt einbringen, welche im Statut zur Generalversammlung bekannt gegeben, die man alle fast einstimmig für gut hielt. Weiter wurde Stellung genommen zur Personentage als Abgeordnete zur Generalversammlung. Hierzu wurde zunächst bekannt gegeben, daß die Bezirkskonferenz in Sagan die Kollegen Sonntag, Sagan, Riech-Sprottau und Kriegel-Kaufschwalbe vorgeschlagen hat; die Bezirkskonferenz in Viegnitz hat aufgestellt die Kollegen Schod-Viegnitz, Eichner-Löwenberg, Kriegel-Kaufschwalbe. Da der Wahlkreis nur 4 Abgeordnete zu wählen hat und unser Agitationsleiter Kollege Kriegel in Sagan und Viegnitz schon mit vorgeschlagen worden ist, wurden neue Vorschläge von dieser Konferenz nicht gemacht. Zur Regelung der Kandidatenfrage wurde wie in Sagan und Viegnitz zur Bildung einer Kommission geschritten und in diese die Kollegen Hebrich-Lauban, Eichner-Görtlich und Damm-Berthelsdorf gewählt. Darauf wurde die Konferenz mit Worten des Dankes und einem Hoch auf die Gewerksvereine geschlossen.

§ Neudorf. Am 20. April fand hier selbst die erste Versammlung des Unterländer Ortsverbandes, Vorort Neudorf, statt. In derselben referierte Kollege Reyer-Ullm über den Gesetzentwurf betreffs Arbeitskammern. Er stellte fest, daß dieser Gesetzentwurf für jeden Arbeiter von

außerordentlicher Wichtigkeit sei. Bereits die kaiserlichen Erlasse haben die Anregungen dazu gegeben, aber 18 Jahre hat es gedauert, ehe sich die Reichsregierung entschlossen habe, das in den Erläsen Versprochene zu erfüllen. Redner wies ferner darauf hin, daß auch die Deutschen Gewerkschaften schon in ihren „Musterstatuten“ Anregungen über Arbeits- resp. Arbeiterkammern gegeben haben. Redner wandte sich dann der Regierungsvorlage zu, kritisierte vor allen Dingen das Wahlrecht und wies darauf hin, daß der Akt, welcher durch die schroffen Gegensätze zwischen Berufs-genossenschaften und Arbeitern besteht, noch größer würde, wenn man die Arbeitgebervertreter nur von diesen wählen ließe. Auch die Kosten dürften nicht von diesen getragen, sondern müßten dem Werke zur Last gelegt werden. Er verlangte auch, daß das passive Wahlrecht auf 25 Jahre und das aktive Wahlrecht auf 21 Jahre herabgesetzt werde. Hieran folgender Resolution entsetzt: „Die am 20. April in Redarum im tagende Gewerkevereinsversammlung spricht sich grundsätzlich für reine Arbeiterkammern aus. Der Vorschlag in der vorliegenden Form ist unannehmbar. Nicht einverstanden ist die Versammlung mit der Anknüpfung der Kammern an die Berufs-genossenschaften, solange diese einseitige Arbeitgebervertretungen sind. Die Kosten sind auf das Reich zu übernehmen. Die Versammlung verurteilt das vorgeschlagene Wahlverfahren. Für die Wahlen ist das geheime und direkte Wahlrecht für beide Geschlechter obligatorisch nach dem System der Verhältniswahl einzuführen. Das aktive Wahlrecht ist auf 21 Jahre, das passive Wahlrecht auf 25 Jahre festzusetzen. Den Organisationen der Arbeitnehmer muß es ermöglicht werden, ihre Vertreter in die Kammern zu entsenden. Die Staats- und Reichsbetriebe sowie auch die Handwerksbetriebe sind in das Gesetz einzubeziehen. Auch sind für die Landwirtschaft und das Handelsgewerbe ähnliche Kammern vorzusehen. Als organischer Aufbau muß ein Reichsarbeitsrat, hervorgegangen aus den Kammern, geschaffen werden.“ Im weiteren Verlaufe der Sitzung beschäftigte sich die Versammlung mit der Wahl des Ortsverbandesausführes. Nach lebhafter Aussprache wurden gewählt als Vorsitzender, Kollege Erich Kügel, Redarum, Sulmstraße; als Schriftführer, Kollege Paul Hübner, Gumbelshelm; als Kassierer, Kollege Schaar, Hellbronn. Zugleich wurde festgesetzt, daß die nächste Versammlung mit der Gründungsfeier des Ortsvereins der Zigarrenarbeiter Gumbelshelm möglichst verbunden werden soll. Mit einem Appell an die Mitglieder, fräftiger als bisher für die Gewerkevereinsbewegung einzutreten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Anmerkung der Redaktion: Die Forderung reiner Arbeiterkammern steht im Widerspruch mit der Stellungnahme der Gesamtorganisation, die sich für die Schaffung paritätischer Arbeitskammern ausgesprochen hat.

Verbands-Teil.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.). Ortsverband der Deutschen Gewerkschaften, NO., Greifswalderstr. 221/223. Sitzung jeden Mittwoch, abends 8 1/2 - 10 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Reußel über: „Baugenossenschaften“. Gäste will. — **Freiwillige Feuerwehr.** Distriktsklub V. Dienstag, 12. Mai, ab. 8 1/2 Uhr. Sitzung, Bückerstr. 20. Vortrag über: „Mädertriebe i. Maschinenbau u. deren Berechnung“. Gäste will. — **Gewerkevereins-Liederabend (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 8 - 11 Uhr, Lehnungskunde in Verbindung mit der Deutschen Gewerkschaft (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Distriktsklub Moabit.**

Jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung im Moabit Vereinshaus, Waldstr. 53. Gäste sehr willkommen. 8. Mai, abds. 8 1/2 Uhr. bei Rabau, Vortrag des Kollegen Gieseler über: „Die Strömungen in den liberalen Parteien“. — **Sonnabend, 9. Mai. Maschinenbau- u. Metallarbeiter III.** Abends 8 - 10 Uhr, Zablaben bei Rabau, Waldstr. 53. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VIII.** Abds. 8 1/2 Uhr. im Verbandshaus, Greifswalderstr. 221/223. Bericht v. d. Komb. Vortrag d. Verbandskolleg. Schöffler über: „Welchen Nutzen haben die Distriktsklubs?“ — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter IX.** Abends 8 1/2 Uhr. Versammlung mit Damen (Zelkita), Stettinerstr. 50. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr. bei Dem. Berliner, Brunnenstr. 143. Vortrag d. Kolleg. Joseph über: „Neutrallität“. Kohlenbestellung. Programme zur Herrenpartie. — **Friedrichsberg. Maschinenbau- u. Metallarbeiter.** Versammlung findet von jetzt ab i. „Schwarz-Adler“, Kranfurter Chaussee 5. statt. Nächste Versammlung am 16. Mai bei Kolleg. — **Wilhelmsruh. Maschinenbau- u. Metallarbeiter.** Sonnabend, 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr. bei Kolleg. — **Wilmersdorf. Maschinenbau- u. Metallarbeiter.** Sonntag, 10. Mai, vormittags 11 Uhr, öffentliche Versammlung im Restaurant Thrope, Berlinplatz. Vortrag des Kollegen Wolter-Berlin, das Wahlrecht in Staat und Kommune. — **Wilmersdorf (Naher). Kombinierte Maschinenbauer.** Sonntag, 10. Mai, nachm. 5 Uhr, bei Johann Müller (Verbandslokal) Mitgliederversammlung. Vortrag d. Kollegen Schumacher-Berlin.

Orts- und Regionalverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4 - 5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Witz Schulze-Rattler, Distriktskunds. — **Nachen (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Leichter, Ecke Hansemannplatz u. Jülicherstraße. (Ortsverband) Jeden dritten Sonntag im Monat, morg. 11 Uhr, Vertreterklub in Nachen, Jülicherstraße 72. Ref. „Zur Post“. — **Hamburg (Ortsverb.)** Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poolstraße, Distriktskunds. — **Spandau (Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften, G.-D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinskafel zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Seefeld (Sängerchor der Deutschen Gewerkschaften).** Jeden Sonnabend, abds. 9 Uhr, Probe, im Vereinskafel Pieper (früher Ellerich), Schaller- und Florastr. 10. Gäste herzlich willkommen. — (Distriktsklub). Die Sitzungen finden jede Woche Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Begle, Brühlstraße 16, statt. Gäste willkommen. — **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandelbräu, Weberstraße 28, statt. Gäste will. — **Braunenburg (Distriktsklub).** Sitzung jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, vorm. von 10 bis 12 Uhr bei Schmidt, Kurstraße 51. — **Hagen u. Umg. (Distriktsklub).** Jetzt jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraße. — **Nachen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreterklub in Nachen, Restaurant „Zur Post“, Jülicherstraße 72. — **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Vater Kolping“, Elfergasse. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Nobel, Berlinerstr. 120. — **Oberhausen (Mtbl.).** Distriktskunds jeden Sonntag, vorm. 10 Uhr, d. Herrn Wirt Gesepeh, Falkensteinstraße. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Pecton, Kaiser Wilhelmstraße. — **Galle (Ortsverband).** Sonntag, 10. Mai, Ausflug nach Dölan

ins Halbeschloßchen zur Feier des 25jähr. Bestehens des dortigen Ortsvereins. Abmarsch von der Grümlinger Brücke um 2 Uhr. — **Natibor (Ortsverb.).** Sonntag, 10. Mai, vorm. 11 Uhr, Ortsverbandversammlung im Ratskeller. Besprechung über: „Sitzungsfeier des Ortsvereins d. Kombilitoren.“ — **Witten (Ortsverband).** Sonntag, 10. Mai, nachm. 4 Uhr, Ortsverbandversammlung im Lokale des Herrn Otto in Langendreer, Kaiserstraße. Vortrag des Kollegen Seegers-Annen. — **Köln (Ortsverb.).** Sonntag, 17. Mai, nachm. 4 1/2 Uhr, außerord. Ortsverbandversammlung im Lokale Köffel, Neumarkt, Ecke Thieboldstraße. Vortrag über: „Die Aufgaben der Ortsverbände.“ — **Wetzlar (Ortsverb.).** Sonntag, 17. Mai, nachm. 3 Uhr, Vers. b. Wirt Söding in Warendorf. L.-D.: Protokolle. Kassenbericht. Stellungnahme zu der diesjähr. Gewerkevereinswahl. Verschiedene s. — **M.-Glabbach-Meydt (Ortsverband).** Donnerstag, 28. Mai 1908 (Himmelfahrtstag), abends 5 Uhr in der Wirtshaus, Neuwelt, Ortsverbandversammlung. L.-D.: u. a. Vortrag. Familienfest. Jahrestisch. Erscheinen von nah und fern erwünscht. Jeden 4. Sonnabend im Monat Vertreterklub im Gewerkevereinsbureau, Sophienstraße 1.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Leipzig. Verbandsbergeber, Stadt Hannover, Seeburgstr. 25.
Anklam (Ortsverband). J. Feder, Vorsitzender, Baustr. 40; Gennig, Schriftführer, i. G. Sinn am Markt; G. Richter, Kassierer, Nikolaistr. 14.
Leipzig (Ortsverband). Max Sahrnus, Schriftführer, Arnstr. 25 D.
Döbeln (Ortsverband). Paul Lauterbach, Schriftführer, Schlegelstr. 22.
Plaue (Ortsverband). Albert Barth, Schriftführer, Moritzstr. 13 II.

Literatur.

Einem interessanten Einblick in die Vielgestaltigkeit der modernen wissenschaftlichen Forschung gewährt der soeben von der Verlagsbuchhandlung B. G. Teubner anlässlich des 10jährigen Bestehens der bekannten Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ und des Erscheinens des 200. Bandens derselben ausgegebene illustrierte Katalog. Er enthält nämlich Proben aus den bedeutendsten Veröffentlichungen des so dankenswerten Unternehmens, die eine Reihe von angehenden, lesenswerten Essays über Themen allgemeinsten Interesses darstellen. Nur einige von ihnen seien genannt, so „Das deutsche Bildungswesen“ (Fr. Paulsen), „Friedrich Hebel“ (G. Wittwiski), „Dürers Hieronymus“ (G. Wustmann), „Mozarts Opern“ (C. Krebs), „Volkspoesie aus Pompeji“ (G. von Duhn), „Die Straßen der mittelalterlichen Stadt“ (B. Heil), „Die deutsche Handelshilfsbank“ (H. Pöhl), „Arbeiterklub und Konkurrenz“ (D. v. Zwiendick-Sidenbost), „Was das menschliche Herz leistet“ (G. Sachs), „Der Tuberkulosekranke“ (B. Schumburg), „Kontinenz“ (G. Niebe), „Die Pflanzenzüchtung“ (P. Gieseler), „Die Wettervorhersage“ (G. Weber), „Entfernungen im Weltall“ (S. Scheiner), „Die Dampfmaschine als Verschwendung (H. Vater), „Drohliche Zeiten im Seeverkehr“ (G. Thurn). Nimmt man dazu die etwa 75 Proben der Abteilungen wie die antiken Klassiker über die erschienenen Bänden, so wird zweifellos jedes Gebildete sich in das Buchlein mit dem lebhaftesten Interesse vertiefen, und wir möchten nicht unterlassen, unsere Leser auf die Gelegenheit hinzuweisen, dieses Buchlein in moderner Wissenschaft sich unentgeltlich durch eine an die Verlagsbuchhandlung B. G. Teubner, Leipzig, Poststr. 3, zu richtende Postkarte oder durch Vermittlung einer Buchhandlung zu verschaffen.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.
 Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Sozialdemokratie u. Arbeiterschaft v. Dr. jur. R. Freund. Preis 40 Pfg.
Volks-Wirtschaftslehre von Dr. C. J. Fuchs. Preis 80 Pfg.
Muster zu Anträgen, Klagen und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.
Was muß jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen? Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 35 Pfg.
Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1,50 Mk.
Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Preis gebunden 80 Pfg.
Krankenversicherungsgesetz nebst dem Hilfskassengesetz. Preis gebunden 20 Pfg.
Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerkschaften für das Jahr 1906. Preis 3 Mk. Früher erschienene Statistiken können ebenfalls noch zu demselben Preise bezogen werden.
 Auch alle andern volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
 Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da andernfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.
 Geldbestellungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.
Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.

Verband der Deutschen Gewerkschaften
 (Hirsch-Bundes).

In unserem Verlage ist in dritter Auflage erschienen:
Weltanschauung
 und
Arbeiterbewegung.
 Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volkfreunde
 von
 Karl Goldschmidt,
 Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften.

Die Schrift sagt die im „Gewerkeverein“ erschienenen Mittel zusammen. Jeder Gewerkeverein sollte das Buchlein jederzeit zur Hand haben. Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg. 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 23,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk. Der Betrag ist bei der Bestellung einzufinden an unseren Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23. Bei Nichtempfang des Betrages wird derselbe durch Nachnahme erhoben. Die Sendung erfolgt porto- bezw. frachtfrei.

Danzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten beim Genossen Kammerer, Fischmarkt 10, Verpflegungskarten.
Döbeln. Durchreisende erhalten in der Bergeber „Zur Heimat“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Beuchel in Stelzners Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.
Thorn. Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachtlager und früh Kaffee beim Verbandskassierer W. Rowalkowski, Thorn, Heiliggeiststr. 7/9.
Eisenach (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Gewerkevereinskollegen erhalten Verpflegung und Nachtquartier. Meldungen beim Ortsverbandskassierer Edm und Hartmann, Wiesenstr. 10.
Radberg (Ortsverband). Durchreisende erhalten Ortsverbandsgeld beim Oskar Södnat, Pinaer Straße 28a, II.
Herkunnde und Umgegend (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungskarten bei Otto Ganschow, Herkunnde, Radstr. 12 und B. B. Forgelow, Magendruckstr. 5.